INHALTSVERZEICHNIS

Abkürzungsverzeichnis **6**

A. Arbeitsvertragsrecht **19**
1. Die Begründung des Arbeitsverhältnisses **19**
2. Versetzung des Arbeitnehmers **22**
2.1. Individual-arbeitsrechtlicher Versetzungsbegriff 22
2.2. Weisungsrecht des Arbeitgebers und Versetzungsberechtigung 24
2.3. Versetzung und Änderungskündigung (Grenzen der Versetzungsbefugnis) 32
2.3.1. Begriff der Änderungskündigung 32
2.3.2. Fristgerechte Änderungskündigung 36
2.3.3. Fristlose Änderungskündigung 37
2.3.4. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Vorrang der Änderungskündigung vor einer Beendigungskündigung 37
2.3.5. Reaktionsmöglichkeiten des Arbeitnehmers bei einer Änderungskündigung 38
2.3.6. Muster einer Änderungskündigung 40
2.3.7. Überflüssige Änderungskündigung 41
3. Sonderfall: Beschäftigungsverbot nach dem Mutterschutzgesetz **42**

B. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz (Übersicht) **44**
1. Einordnung der Mitwirkungsrechte des Betriebsrats in das System der Beteiligungsrechte im Betriebsverfassungsgesetz **45**
2. Die Beteiligungsrechte des Betriebsrats vor einer Einstellung bzw. Versetzung **47**
2.1. Die innerbetriebliche Stellenausschreibung (§ 93 BetrVG) 49
2.1.1. Die innerbetriebliche Stellenausschreibung bei Einsatz von Leiharbeitnehmern 51
2.2. Auswahlrichtlinien (§ 95 Abs. 1 und 2 BetrVG) 53
2.3. Personalfragebogen (§ 94 Abs. 1 BetrVG) 55
2.4. Allgemeine Beurteilungsgrundsätze (§ 94 Abs. 2 BetrVG) 57
3. Zweck der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligungsrechte des Betriebsrats **60**
4. Durchsetzung von Beteiligungsrechten des Betriebsrats **61**
4.1. Das arbeitsgerichtliche Beschlussverfahren zur Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats 62
4.2. Die Einigungsstelle zur innerbetrieblichen Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats 63

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/1147596913

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

5. Hinweise zur rechtlichen Lösung betrieblicher Konflikte 65
5.1. Individual-arbeitsrechtliche Fragestellung 67
5.2. Kollektive Fragestellung 67

C. Die Beteiligung des Betriebsrats bei personellen Einzelmaßnahmen (§§ 99 – 101 BetrVG) 70
1. Voraussetzungen der Geltung des § 99 BetrVG 70
1.1. In der Regel Beschäftigte 70
1.2. Wahlberechtigte Arbeitnehmer 71
1.3. Wahlberechtigte ohne Arbeitsvertrag mit dem Unternehmer 71
1.4. Mindesteinsatz bei Arbeitnehmern aus fremden Unternehmen 72
1.5. Arbeitnehmer im Außendienst, Telearbeitnehmer 72
1.6. Veränderungen während der Amtszeit des Betriebsrats 73
1.7. Kleinbetriebe 73
2. Die Gegenstände der Beteiligung des Betriebsrats 73
2.1. Übersicht 73
2.2. Begriff der Einstellung 74
2.2.1. Einsatz von Leiharbeitnehmern 81
2.3. Begriff der Versetzung (§ 95 Abs. 3 Satz 1 BetrVG 84
2.4. Beispiele aus der Rechtsprechung zum Begriff der Versetzung 91
2.5. Eingruppierung – Umgruppierung 96
2.5.1. Eingruppierung 97
2.5.2. Umgruppierung 102
2.6. Verschwiegenheitspflicht des Betriebsrats 104
3. Verfahrensabschnitt I: Einleitung des Beteiligungsverfahrens durch den Arbeitgeber (§ 99 Abs. 1 BetrVG) 106
3.1. Zeitpunkt der Beteiligung 107
3.1.1. Grundsätze 107
3.1.2. Eilfälle 108
3.2. Form der Beteiligung des Betriebsrats 108
3.3. Umfang der Unterrichtungs- und Vorlagepflichten des Arbeitgebers 109
3.3.1. Übersicht 109
3.3.2. Unterrichtung über konkrete Einstellungs- bzw. Versetzungsabsicht 111
3.3.3. Vorlage der Bewerbungsunterlagen 112
3.3.4. Auskunft über die Person der Beteiligten 115
3.3.5 Auskunft über die Auswirkungen der geplanten Einstellung/Versetzung und den vorgesehenen Arbeitsplatz 117
3.3.6. Vorlage von Unterlagen über die Auswirkungen der Einstellung/Versetzung 117
3.3.7. Auskunft über die Eingruppierung 118
3.3.8. Besonderheiten bei der Versetzung 119

3.3.9. Vorstellungsgespräch ... 121
3.4. Doppelte Beteiligung des Betriebsrats bei Versetzung mit Änderungskündigung (§§ 99, 102 BetrVG) ... 121
3.4.1. Problemstellung ... 121
3.4.2. Zuständiges Gremium ... 123
3.4.3. Änderungskündigung ... 125
3.5. Sonderfälle ... 126
3.5.1. Einstellung und Versetzung eines leitenden Angestellten (§ 105 BetrVG) ... 126
3.5.1.1. Übersicht ... 126
3.5.1.2. Umfang der Informationspflicht ... 127
3.5.1.3. Verletzung der Informationspflicht ... 129
3.5.2. Einsatz von Arbeitnehmern auf Grund eines Werkvertrages ... 129
3.5.3. Einstellung und Versetzung während des Arbeitskampfes ... 130
3.5.5. Personelle Einzelmaßnahmen in Tendenzbetrieben ... 132
3.6. Formularmuster für die Unterrichtung des Betriebsrats nach § 99 Abs. 1 BetrVG (Einstellung) ... 135
Formularmuster für die Unterrichtung des Betriebsrats nach § 99 Abs. 1 BetrVG (Versetzung) ... 136
4. Verfahrensabschnitt II: Zuständigkeit des Betriebsrats (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG) ... 137
4.1. Zuständiges Gremium ... 138
4.1.1. Grundsätze ... 138
4.1.2. Die betriebsübergreifende Versetzung (innerhalb eines Unternehmens) ... 141
4.1.3. Die betriebsübergreifende Versetzung eines betriebsverfassungsrechtlichen Mandatsträgers (§ 103 Abs. 3 BetrVG) ... 145
4.2. Die Stellungnahme des Betriebsrats ... 146
4.3. Form und Frist der Zustimmungsverweigerung bei Einstellung bzw. Versetzung ... 148
4.3.1. Form ... 149
4.3.2. Frist ... 151
4.3.3. Hinweis auf Mängel durch den Betriebsrat ... 153
4.3.4. Formular für die Stellungnahme des Betriebsrats nach § 99 BetrVG ... 156
4.3.5. Beispiel einer Stellungnahme des Betriebsrats ... 158
4.4. Die einzelnen Zustimmungsverweigerungsgründe nach § 99 Abs. 2 BetrVG ... 159
4.4.1. Verstoß gegen Gesetze oder andere Normen (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG) ... 159
4.4.1.1. Einstellung ... 159
4.4.1.2. Versetzung ... 169
4.4.1.3. Ein- und Umgruppierung ... 171

4.4.2. Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie nach § 95 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG) ... 176
4.4.2.1. Einstellung ... 176
4.4.2.2. Versetzung ... 179
4.4.3. Besorgnis der Kündigung oder Benachteiligung anderer Arbeitnehmer des Betriebes (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG) ... 180
4.4.3.1. Einstellung ... 180
4.4.3.2. Versetzung ... 189
4.4.4. Die Besorgnis der Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG) ... 191
4.4.4.1. Einstellung ... 191
4.4.4.2. Versetzung ... 192
4.4.5. Unterlassene innerbetriebliche Stellenausschreibung nach § 93 BetrVG (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG) ... 196
4.4.5.1. Einstellung ... 196
4.4.5.2. Versetzung ... 203
4.4.6. Besorgnis der Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG) ... 204
4.4.6.1. Einstellung ... 204
4.4.6.2. Versetzung ... 208
4.5. Weitere Beispiele für Begründungen einer Zustimmungsverweigerung ... 209
4.6. Folgen von Mängeln bei der Beteiligung des Betriebsrats im Rahmen des § 99 BetrVG ... 214
4.6.1. Übersicht ... 214
4.6.2. Mängel im Verfahrensabschnitt I (§ 99 Abs. 1 BetrVG) ... 215
4.6.3. Hinweis für Verhalten bei vermeintlich unzureichender Unterrichtung des Betriebsrats ... 220
4.6.4. Besonderheiten bei Fehlern im Zusammenhang mit einer Ein- oder Umgruppierung ... 222
4.6.4.1. Meinungsverschiedenheiten über die Qualifizierung als AT-Angestellter ... 224
4.6.5. Mängel im Verfahrensabschnitt II (§ 99 Abs. 2 und 3 BetrVG) ... 226
4.7. Rechtliche Folgen der Zustimmungsverweigerung ... 228
4.7.1. Übersicht ... 228
4.7.2. Einstellung ... 230
4.7.3. Versetzung ... 232
4.7.4. Ein- und Umgruppierung ... 234
5. Verfahrensabschnitt III: Die Ersetzung der Zustimmung durch das Arbeitsgericht (§ 99 Abs. 4 BetrVG) ... 236

6. Die vorläufige Einstellung oder Versetzung (§ 100 BetrVG) ... 242
6.1. Übersicht ... 242
6.2. Beteiligung des Betriebsrats bei vorläufigen personellen Maßnahmen (§ 100 Abs. 2 BetrVG) ... 245
6.3. Die gerichtliche Entscheidung (§ 100 Abs. 3 BetrVG) ... 249
7. Gerichtliche Aufhebung einer Einstellung oder Versetzung (§ 101 BetrVG) ... 252
7.1. Übersicht ... 252
7.2. Das arbeitsgerichtliche Verfahren zur Aufhebung der Einstellung bzw. Versetzung (§ 101 Satz 1 BetrVG) ... 253
7.3. Zwangsgeldverfahren (§ 101 Satz 2 BetrVG) ... 255
8. Darlegungs- und Beweislast im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren ... 257
8.1. Grundsätze des arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahrens ... 257
8.2. Antrag auf Ersetzung der Zustimmung (§ 99 Abs. 4 BetrVG) ... 258
8.3. Antrag auf Feststellung der Dringlichkeit der vorläufigen personellen Maßnahme (§ 100 Abs. 2 Satz 3 BetrVG) ... 259

D. Die betriebsverfassungsrechtliche Beteiligung des Betriebsrats vor Ausspruch einer Kündigung ... 261
1. Verfahrensabschnitt I (§ 102 Abs. 1 BetrVG) ... 262
1.1. Allgemeine Grundsätze ... 263
1.1.1. Auswirkungen der fehlerhaften Anhörung des Betriebsrats auf die Wirksamkeit der Kündigung ... 265
1.1.2. Zeitpunkt der Anhörung ... 267
1.1.2.1. Abbruch des Anhörungsverfahrens ... 273
1.2. Umfang der Unterrichtungspflichten des Arbeitgebers nach § 102 Abs. 1 Satz 2 BetrVG ... 275
1.2.1. Kündigungsabsicht ... 277
1.2.2. Person des Arbeitnehmers ... 278
1.2.3. Art der Kündigung ... 283
1.2.3.1. Anhörung zur außerordentlichen, hilfsweise ordentlichen Kündigung ... 285
1.2.4. Kündigungstermin/Kündigungsfrist ... 286
1.2.4.1. Anhörung zur außerordentlichen Kündigung eines „unkündbaren“ Arbeitnehmers ... 289
1.2.5. Kündigungsgründe ... 291
1.2.5.1. Allgemeine Grundsätze ... 291
1.2.5.2. Unterlassene Mitteilung von dem Betriebsrat bekannten Gründen ... 295
1.2.5.3. Kündigung innerhalb der ersten sechs Monate (Probezeit) außerhalb des Geltungsbereichs des Kündigungsschutzgesetzes ... 297
1.2.5.4. Nachschieben von Kündigungsgründen ... 304
1.2.5.5. Fallenlassen mitgeteilter Kündigungsgründe ... 306

1.2.6. Aufforderung zur Stellungnahme ... 306
1.2.7. Formular zur Betriebsratsanhörung bei einer Kündigung ... 307
1.3. Inhalt der Unterrichtung bei den verschiedenen Kündigungsgründen ... 308
1.3.1. Außerordentliche Kündigung ... 309
1.3.2. Personenbedingte Kündigung (z. B. wegen Krankheit) ... 315
1.3.2.1. Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Dauer ... 319
1.3.2.2. Dauerndes Unvermögen, die vertragliche Arbeitspflicht zu erfüllen ... 322
1.3.2.3. Krankheitsbedingte Minderung der Leistungsfähigkeit ... 323
1.3.2.4. Besorgnis weiterer häufiger Kurzerkrankungen ... 324
1.3.2.5. Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats bei häufigen Kurzerkrankungen ... 328
1.3.3. Verhaltensbedingte Kündigung ... 331
1.3.3.1. Abmahnung ... 333
1.3.3.2. Beispiel für die Unterrichtung des Betriebsrats zur verhaltensbedingten Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens ... 336
1.3.4. Betriebsbedingte Kündigung ... 337
1.3.4.1. Allgemeine Grundsätze ... 341
1.3.4.2. Sozialauswahl ... 347
1.3.4.2.1. In die soziale Auswahl einzubeziehende Arbeitnehmer ... 348
1.3.4.2.2. Die Auswahlkriterien für die Sozialauswahl ... 354
1.3.4.2.2.1. Die einzelnen Grunddaten ... 354
1.3.4.2.2.2. Das Verhältnis der Sozialdaten zueinander ... 360
1.3.4.2.3. Abweichen von der Auswahl nach sozialen Kriterien ... 361
1.3.4.2.3.1. Herausnahme von „Leistungsträgern" ... 362
1.3.4.2.3.2. Beibehaltung der Personalstruktur ... 367
1.3.4.2.3.3. Auswahlrichtlinien ... 369
1.3.4.2.3.4. Interessenausgleich und Namensliste ... 375
1.3.4.2.4. Beweislast für die richtige soziale Auswahl ... 386
1.3.4.2.5. Schaubild: Sozialauswahl bei betriebsbedingter Kündigung (§ 1 Abs. 3 – 5 KSchG) ... 388
1.3.4.3. Unterrichtung des Betriebsrats vor betriebsbedingter Beendigungskündigung ... 389
1.3.4.3.1. Beispiel: Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückgangs ... 393
1.3.5. Änderungskündigung ... 394
1.4. Eilfälle ... 398
1.5. Prozessuale Fragen: Darlegungs- und Beweislast im Prozess zur ordnungsgemäßen Anhörung des Betriebsrats ... 399
1.5.1. Muster eines gerichtlichen Auflagenbeschlusses zur Betriebsratsanhörung ... 404

2. Verfahrensabschnitt II: Zuständigkeitsbereich des Betriebsrats ... 405
2.1. Zuständiges Gremium ... 407
2.1.1. Betriebsrat ... 408
2.1.2. Einköpfiger Betriebsrat ... 410
2.1.3. Betriebsausschuss (§ 27 BetrVG) ... 410
2.1.4. Personalausschuss (§ 28 BetrVG) ... 411
2.1.5. Betriebsrat im Urlaub ... 411
2.1.6. Während des Arbeitskampfes ... 413
2.2. Die Stellungnahme des Betriebsrats ... 413
2.2.1. Allgemeine Grundsätze ... 413
2.2.2. Fristen für die Stellungnahme des Betriebsrats ... 416
2.2.2.1. Außerordentliche Kündigung ... 416
2.2.2.2. Ordentliche Kündigung ... 417
2.2.2.3. Außerordentliche, hilfsweise ordentliche Kündigung ... 420
2.2.3. Stellungnahme zur außerordentlichen Kündigung ... 422
2.2.3.1. Zustimmung ... 423
2.2.3.2. Schweigen ... 423
2.2.3.3. Bedenken ... 424
2.2.4. Stellungnahme zur ordentlichen Kündigung ... 426
2.2.4.1. Zustimmung ... 426
2.2.4.2. Schweigen ... 427
2.2.4.3. Bedenken ... 428
2.2.4.4. Widerspruch ... 429
2.2.5. Form des Widerspruchs gegen eine fristgerechte Kündigung ... 430
2.2.6. Die einzelnen Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG ... 431
2.2.6.1. Verstoß gegen soziale Gesichtspunkte bei der Auswahl ... 431
2.2.6.2. Verstoß gegen eine Auswahlrichtlinie ... 433
2.2.6.3. Versetzungsmöglichkeit ... 436
2.2.6.4. Weiterbeschäftigung nach Umschulungs- oder Fortbildungsmaßnahmen ... 441
2.2.6.5. Weiterbeschäftigung bei veränderten Vertragsbedingungen ... 443
2.2.7. Stellungnahme des Betriebsrats zu einer Änderungskündigung ... 445
2.2.7.1. Außerordentliche Änderungskündigung ... 445
2.2.7.2. Ordentliche Änderungskündigung ... 447
2.3. Anhörung des betroffenen Arbeitnehmers durch den Betriebsrat ... 448
2.4. Schweigepflicht des Betriebsrats ... 449
2.5. Musterformular für eine Stellungnahme des Betriebsrats zur Kündigung ... 451
2.6. Beispiele für Widerspruchsgründe nach § 102 Abs. 3 BetrVG ... 464
2.6.1. Personenbedingte Kündigung wegen häufiger krankheitsbedingter Fehlzeiten ... 464

2.6.2. Verhaltensbedingte Kündigung wegen ständigen Zuspätkommens ... 465
2.6.3. Betriebsbedingte Kündigung wegen Auftragsrückganges ... 466
2.7. Beispiel für die Stellungnahme (Widerspruch) zu einer Änderungskündigung ... 468
2.8. Beispiel für die Stellungnahme (Bedenken) zu einer außerordentlichen, hilfsweise einer ordentlichen Kündigung (Widerspruch) ... 469
3. Folgen von Mängeln im Anhörungsverfahren ... 470
3.1. Übersicht ... 470
3.2. Mängel im Verfahrensabschnitt I ... 471
3.3. Mängel im Verfahrensabschnitt II ... 472
4. Der Weiterbeschäftigungsanspruch ... 474
4.1. Übersicht ... 474
4.1.1. Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG ... 474
4.1.2. Weiterbeschäftigungsanspruch nach offensichtlich unwirksamer Kündigung auch ohne Widerspruch des Betriebsrats ... 474
4.1.3. Weiterbeschäftigung nach gerichtlicher Feststellung der Unwirksamkeit der Kündigung ... 475
4.2. Voraussetzungen des Weiterbeschäftigungsanspruchs nach § 102 Abs. 5 BetrVG ... 476
4.2.1. Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach ordentlicher (fristgerechter) Kündigung ... 477
4.2.2. Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach frist- und ordnungsgemäßem Widerspruch des Betriebsrats ... 478
4.2.3. Weiterbeschäftigungsanspruch nur nach Erhebung einer Kündigungsschutzklage ... 482
4.2.4. Weiterbeschäftigungsanspruch nur bei entsprechendem Verlangen des Arbeitnehmers ... 483
4.2.5. Weiterbeschäftigung zu unveränderten Arbeitsbedingungen ... 483
4.2.6. Gerichtliche Durchsetzung des Anspruchs auf Weiterbeschäftigung ... 485
4.2.7. Weiterbeschäftigungsanspruch und Folgekündigung ... 486
4.3. Befreiung von der Weiterbeschäftigungspflicht (§ 102 Abs. 5 Satz 2 BetrVG) ... 487
4.3.1. Fehlende Erfolgsaussicht der Kündigungsschutzklage ... 489
4.3.2. Unzumutbare wirtschaftliche Belastung des Arbeitgebers ... 491
4.3.3. Offensichtliche Unbegründetheit des Widerspruchs ... 493
4.3.4. Unmöglichkeit der Weiterbeschäftigung ... 495
4.4. Der Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102 Abs. 5 BetrVG im Prozess ... 497
4.4.1. Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht ... 497
4.4.2. Antrag des Arbeitnehmers auf Weiterbeschäftigung ... 500

5. Der allgemeine Weiterbeschäftigungsanspruch außerhalb des BetrVG 501
5.1. Grundsätze der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts 501
5.2. Übersicht: der vorläufige Weiterbeschäftigungsanspruch des gekündigten Arbeitnehmers 503
6. Erweiterung der Mitbestimmungsrechte durch Betriebsvereinbarung (§ 102 Abs. 6 BetrVG) 504
7. Besonderheiten bei der Kündigung von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane (§ 15 KSchG, § 103 BetrVG) 506
7.1. Allgemeines 506
7.2. Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes 511
7.2.1. Wahlvorstandsmitglied 511
7.2.2. Wahlbewerber 512
7.2.3. Betriebsratsmitglieder 515
7.2.4. Ersatzmitglieder 516
7.3. Das Zustimmungsverfahren (§ 103 Abs. 1 BetrVG) 519
7.3.1. Gründe für eine außerordentliche Kündigung 520
7.3.2. Ausschlussfrist des § 626 Abs. 2 BGB 525
7.4. Die gerichtliche Ersetzung der verweigerten Zustimmung (§ 103 Abs. 2 BetrVG) 526
7.5. Kündigungsschutzklage trotz Zustimmung zur Kündigung nach § 103 BetrVG 533
7.6. Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen im Zusammenhang mit einer Kündigung 535
7.6.1. Beschäftigungspflicht während des Zustimmungsverfahrens 535
7.6.2. Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen während des Zustimmungsverfahrens 536
7.6.3. Beschäftigungspflicht nach Zugang der Kündigung 537
7.6.4. Wahrnehmung der betriebsverfassungsrechtlichen Funktionen nach Ausspruch der Kündigung 537
7.7. Nachwirkender Kündigungsschutz 538
7.7.1. Betriebsratsmitglieder 539
7.7.2. Wahlvorstandsmitglieder, Wahlbewerber 540
7.7.3 Ersatzmitglieder 541
7.8. Versetzung in anderen Betrieb; Änderungskündigung 542
7.8.1. Versetzung in einen anderen Betrieb (§ 103 Abs. 3 BetrVG) 542
7.8.2. Änderungskündigung 543
7.9. Betriebs- und Abteilungsstilllegung 545
7.9.1. Betriebsstilllegung 545
7.9.2. Stilllegung einer Betriebsabteilung 548
7.10. Übersicht: Der besondere Kündigungsschutz von Mitgliedern der Betriebsverfassungsorgane 551
8. Kündigung auf Verlangen des Betriebsrats (§ 104 BetrVG) 552
9. Die Beteiligung des Betriebsrats nach § 3 KSchG 554

E. Betriebsrat und Aufhebungsvertrag ... 555

F. Betriebsrat und Betriebsänderung (Personalreduzierung) ... 558

1. Voraussetzungen einer Betriebsänderung ... 558

1.1. Größe des Unternehmens ... 558

1.2. Wesentliche Nachteile für die Arbeitnehmer ... 559

1.3. Erheblicher Teil der Belegschaft ... 560

2. Aus dem Katalog der Tatbestände einer Betriebsänderung i.S.d. § 111 Satz 3 Nrn. 1 – 5 BetrVG ... 561

2.1. Einschränkung des Betriebes ... 561

2.2. Personalreduzierung als Betriebsänderung ... 562

2.3. Personalreduzierung als Betriebsänderung ohne Sozialplanpflicht (§ 112a BetrVG) ... 564

2.4. Inhalt des Beteiligungsrechts des Betriebsrats (§§ 111 – 113 BetrVG) ... 564

2.5. Schaubilder zu wirtschaftlichen Angelegenheiten ... 569

G. Betriebsrat und anzeigepflichtige Entlassungen (Massenentlassung) ... 571

1. Auskunfts- und Beratungspflichten ... 574

2. Anzeige an die Agentur für Arbeit (AfA) ... 576

3. Rechtliche Schritte vor Massenentlassung (Überblick) ... 577

Literaturverzeichnis ... 580

Stichwortverzeichnis ... 581